Die Oberlausitz

Sturm in der Oberlausitz

Cunewalde. Am 23. März nahm das rote Einheitskomitee Stellung zur Antwort des Elektrizitätswerkes Oberlausitz. Da die Direktion absolut den Stromabnehmern nicht Rechnung trägt und die Strompreise nicht herabsetzt, wurde beschlossen, den Kampf zu organisieren. Zunächst wurden Listen angefertigt. Jeder einzelne verpflichtete sich mit eigenhändiger Unterschrift, den Kampf gegen die hohen Strompreise, zur Herabsetzung derselben um 50 Prozent und Wegfall der Zählermiete zu führen. Die Unterschriftensammlung hat weit über 1200 Unterschriften ergeben. In jeder Gemeinde werden Versammlungen abgehalten. Spontan sind die Stromabnehmer nach der Unterschriftensammlung dazu übergegangen, die Zahlungen einzustellen, wenn der Strompreis nicht herabgesetzt wird.

Wieder ein gemeiner Naziüberfall

(Arbeiterkorrespondenz 440)

Vor kurzem erst mußten wir berichten, daß eine Arbeiterin aus Blumberg von dem Nazi, Bruno Eichler, gestochen worden ist. Jetzt hat sich bereits ein neuer Ueberfall zugetragen. Am Sonntag dem 20. kamen die Arbeiter Max Junge, Erich Passelt und Schiebeck von Engelsdorf. Unterwegs wurden sie von den Nazis Bruno Eichler, dessen Bruder Ewald und dem Sohn des Eisenbahnbeamten Gottwald überfallen und schrecklich zugerichtet. **Junge wurde von hinten in den Kopf gestochen, Passelt erhielt Wunden im Gesicht. In derselben Nacht wurde auch unser Genosse Haußer, Blumberg, von denselben Banditen belästigt. Die Polizei hält es nicht für nötig, die Nazis zu verhaften.**

Die Blumberger Werktätigen haben aber in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen. **Den Kleinbauern aber rufen wir zu: So sehen die Leute aus, die euch angeblich helfen wollen. — Wendet euch ab von diesen Mordbanditen! Kämpft mit der KPD. Werdet Leser der Bauernzeitung und der Arbeiterstimme.**

Oberbürgermeister Niedner, Bautzen, erklärt:

„Preisabbau — eine schöne Geste!"

(Arbeiterkorrespondenz 447)

In der am 24. März stattgefundenen Stadtverordnetensitzung stand erneut das Projekt der Albrechtsbach-Regulierung auf dem Wege der „freiwilligen" Arbeitsdienstpflicht zur Tagesordnung.

Der „Republikaner" Jung hatte diese Vorlage zu vertreten und setzte sich sehr „warm" dafür ein. Die Nazis fordern nicht nur einen freiwilligen Arbeitsdienst, sondern Schütze erklärte ausdrücklich: „Zwangsarbeit! Arbeitsdienstpflicht!" Jugendliche, aufgepaßt!

Der Vertreter der kommunistischen Fraktion zeigte auf das verunglückte Unternehmen, die schlechte Geschäftsführung, daß keine Abrechnung vorliegt und das Unternehmen dazu auch nicht in der Lage ist.

SPD-Albrecht meckerte ein bißchen gegen die Arbeitsdienstpflicht, hat aber als Reichsbannergeneral vergessen, daß das Reichsbanner der Regierung sich auch zu solchen Arbeiten in Leipzig angeboten hat und im Erzgebirge durchführt.

Herr Jung wetterte noch gegen die KPD und seine Getreuen von den Nazis bis zur SPD schmunzelten ihm Beifall. Die Vorlage, welche der Stadt durch Beteiligung 7500 Mark kostet, wurde dann von den Bürgerlichen angenommen.

Nazi-Smarsly hatte eine Vorlage des Rates zu vertreten über Neuregelung der Krankenhausverpflegsätze und empfahl die Ratsvorlage. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion zeigte den „Preisabbau" der Regierung und der Gewerkschaften auf. Es hat sich der Preisabbau als Lug und Trug erwiesen. Die Herabsetzung der Verpflegsätze soll für diejenigen, welche länger als sieben Tage im Krankenhaus sind und für Kinder 25 Pfennig täglich betragen . . Nur damit das Kind einen Namen hat!

Niedner erklärte schließlich auch, daß dies unpersönlich [illegible] **„Diese Herabsetzung der Krankenhaussätze ist dem Patienten [illegible] gemessen mehr nur eine schöne Geste!"**

Einwohner Bautzens! Schluß mit Preisabbauschwindel [illegible] SPD-Hindenburg-Front. Schluß mit Arbeitsdienst für Jugendliche! — Werbt für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Heraus zum roten Volksentscheid in Sachsen!

Konferenz der Gen. Gemeindevertreter und -funktionäre in der Amtsh. Bautzen

am Sonntag, dem 3. April, 9.30 Uhr, in Bautzen, Drei Linden. Alle Erwerbslosenausschüsse haben dazu einen Vertreter zu entsenden. Ortsgruppen, wo kein Gemeindevertreter vorhanden ist, haben ebenfalls einen Vertreter zu entsenden.

SPD-Bürgermeister treibt Steuern ein

(Arbeiterkorrespondenz 446)

Oberullersdorf. In unserem Ort herrscht ein SPD-Bürgermeister, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit den [illegible] Schikanen bei den Wohlfahrtserwerbslosen Geld einzutreiben. Die Aermsten der Armen können ein Lied davon singen. **Er [illegible] einfach das Geld für das Wasser von der Unterstützung ab, und zwar jede Woche 50 Pfennig.** Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, wie diese „Arbeiterführer" die Interessen der Arbeiterschaft „vertreten". Die Werktätigen von Oberullersdorf müssen endlich **Schluß machen mit den SPD-Führern! Nur so werden sie unter Führung der KPD den Kampf gegen Elend und Faschismus siegreich führen können!**

Ermittiert . . .

(Arbeiterkorrespondenz 459)

Am 24. März, vormittags, erfolgte die Exmittierung des Arbeiters Artur Gerschel in Stadt Wehlen wegen rückständiger Miete. Der Arbeiter ist schon längere Zeit [illegible] und Vater von zwei Kindern. **Mietbeihilfe wurde ihm nicht gewährt. Bezeichnend ist, daß der Hausbesitzer Wenzel sich nun damit begnügt, den Arbeiter rausschmeißen zu lassen, trotzdem er gar noch Möbelstücke einbehielt.** Der Arbeiter mit seinen Angehörigen ist nun gezwungen, auf der Diele zu essen. **Hier hat [illegible] Herr einmal sein „christliches" Herz gezeigt. Werktätige von Wehlen, ihr müßt euch zusammenschließen und gegen solche Schikane entschieden Stellung nehmen! Am 10. April gebt eure Stimmen dem Kampfkandidaten Ernst Thälmann als Kampfansage gegen das kapitalistische System!**

Morgen rote Landagitation

Alles heraus zur Diskussion mit den Landarbeitern und den werktätigen Bauern. Schafft die Voraussetzungen für den Landarbeiterkampf

Gewinnt die Kleinbauern für ein festes Bündnis mit dem revolutionären Proletariat. Werbt hunderte von neuen Abonnenten für die Illustrierte Bauern-Zeitung. Gewinnt die Landarbeiter und Kleinbauern für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und den roten Volksentscheid!

Eierschieben — unhygienische „Wohltätigkeit"

(Arbeiterkorrespondenz 439)

Bautzen. „Osterburgfrieden" über Deutschland — alle revolutionären Veranstaltungen verboten — kirchliche Prozessionen erlaubt . . .!

Neugierige stehen in dichten Reihen an den Straßen: Das „Osterreiten" ist im Gange. — Von der Kirche „Unserer lieben Frauen" geht es los. Geschmückt wie die Pfingstochsen. Es wird gesungen, das hetzt der Herr Kantor singt sein Halleluja und die Bauernknechte, die ihm folgen (einen Taler kriegen sie bestimmt für diese ihre „Arbeit") haben zu tun, Haltung zu bewahren, vor allem, daß der Zylinder nicht zum Teufel geht.

Auf dem Protschenberg herrscht reges Leben. Auf den steilen Hängen Proletenkinder mit hohlen Wangen, bleichen Gesichtern und großen Augen. Aus ihren engen Wohnhöhlen sind sie herbeigeeilt, um die „Gnade" der satten Bürger in Empfang zu nehmen. Sie rufen und mahnen. Ihr Rufen ist weithin zu hören.

Und die guten Spießer zeigen ihr „mildtätiges Herz". Aepfel und Apfelsinen rollen den Berg hinab. Und die Kinder balgen sich um die Bissen. Das Bürgerpack freut sich über seine eigene Großherzigkeit. Und die Kinder stehen im Dreck und lesen daraus die Gaben auf. Im Zeitalter der Hygiene . . .

Ja, die ganze Geschichte wird getonfilmt. Man will zeigen, was man doch alles für die Armen tut. Zu diesem Zweck hat sich gleich so eine Art Verein gebildet, der die ganze Geschichte entsprechend organisiert. Und die Arbeiter, die sich den Rummel ansehen, erleben folgendes: Die „Werfer", die bestimmt sind, besondere Leckerbissen hinunterzuwerfen, üben sich erst einmal selbst im Auffangen. Die Sachen werden erst einige Male hoch in die Luft geworfen oder von Mann zu Mann, ehe sie endlich den Kindern zukommen. Und das recht hübsch vor der Kamera des Kinomannes. Das wird dann im Film sehr gut aussehen.

So hat die Geschichte gut geklappt — und nun in aller Welt Geschäfte gemacht mit dem Bautzner Eierschieben.

„Osterfrieden . . ." Tausende Erwerbslose und Ausgesteuerte in der Stadt leiden bitterste Not, grauenhaftes Elend in den Proletarierwohnungen!

Schluß mit der „Wohltätigkeit" und den Almosen der satten Bürger!

Einwohner Bautzens, rüstet zur Reichspräsidentenwahl!

Gegen die Reichen! Für den Kandidaten der Armen!

Für den Genossen Ernst Thälmann!

Am 17. April heraus zum roten Volksentscheid gegen die Schleichdiktatur!

Sozialfaschistische Spaltung der Freidenker in Bernstadt (Oberlausitz)

(Freidenkerkorrespondenz 448)

Die übergroße Mehrheit der Bernstädter Freidenkergenossen hat bekanntlich, angeekelt durch den Verrat von Siepers und Konsorten, diesen Leuten den Rücken gekehrt. Von 79 Mitgliedern **waren es 45, die dem Verband den Rücken kehrten und in den Verband proletarischer Freidenker übertraten.**

Der erlittene Schreck war so nachhaltig, daß es zwei Monate dauerte, ehe sie den Dreh gefunden hatten um den verfluchten Kommunisten etwas an den Rockschoß zu hängen. Sie eilten zur Löbauer Tante, die dann auch am 29. Februar d. J. folgenden Erguß brachte:

„Wie kommunistische Freidenker wirtschaften."

Aus diesem Artikel geht hervor, daß sich der geistige Zustand verschiedener Leute anstatt zu bessern, bedeutend verschlimmert, ja sogar chronischen Charakter angenommen hat. Oder sollte es sich nur um eine Art böswilliger Dummheit handeln, wenn man ausgeführte, vom Sozialdemokraten Aite gestellte und einstimmig angenommene Anträge so darstellt, als wenn es sich darum handelte, die Uebergetretenen als faule Köpfe erscheinen zu lassen. Um den an Gedächtnisschwund leidenden Herren behilflich zu sein, erinnern wir an folgendes:

In der Generalversammlung des Jahres 1929 wurde ein vom Lagerhalter Aite, welcher der sozialdemokratischen Partei als Funktionär angehört, gestellter Antrag einstimmig angenommen, der besagte: Wenn Freidenkergenossen infolge der durch lange Erwerbslosigkeit eingetretenen schwierigen Lage, mit ihren Beiträgen längere Zeit in Rückstand sind so sollen dieselben durch die Lokalkasse übernommen werden. Von diesem Beschluß machten in vorigem Jahre 21 oppositionelle Genossen, mit 29 u. 19 Sozialdemokraten mit 27 Monatsbeiträgen Gebrauch

Dabei wollen wir noch verraten, daß wenn die Volkszeitung schreibt daß einer mit 6 Monaten im Rückstand, ein anderer sogar 7 Monate rückständig ist, **er gehört zur sozialdemokratischen Partei und befindet sich beim reaktionären Häufleln.** Auch wird wenn man vergleicht, daß von 41 Mitgliedern 21 und von 35 aber 19 diese Erleichterung in Anspruch nahmen, klar sein, welche Richtung mehr Vorteile gehabt hat. Diesen Vorgang, dessen Ursache die heutigen Schwadroneure selbst sind, als kommunistische Mißwirtschaft darzustellen, ist entweder bodenlose Frechheit oder die höchste Stufe der Gemeinheit. Von derselben Stelle wurde gleichfalls beantragt, den Kassierer für seine musterhafte Geschäftsführung, zufolgedessen die Ortsgruppe eine gute Entwicklung hatte, eine Entschädigung von 5 Prozent der abzurechnenden Beiträge zu gewähren. Annahme erfolgte einstimmig. Bemerken wollen wir noch, daß es nur an den Sozialdemokraten lag, wenn angeblich schlecht gewirtschaftet wurde dies besser zu machen. Im Jahre 1931 lehnte der Gesamtvorstand, weil er sich nicht den sozialfaschistischen Methoden der Verbandsleitung einverstanden erklären konnte, eine Wiederwahl ab und schlug für die Geschäftsführung die Sozialdemokraten vor. Doch auch diese weigerte sich und baten den alten Vorstand doch die Arbeit weiter zu leisten. Heute kommen dieselben und ohrfeigen sich selbst. **Etwas Furchtbares in den Augen der Reaktionären war es, daß man 20 Mark für das von den Kommunisten beantragte Volksbegehren gegen nur eine Stimme bewilligte.** Vergeudung von Geldern ist es wenn proletarisch denkende Genossen ihr eigenes Geld für Interessen der Arbeiterklasse ausgeben. Einstimmig gefaßte Beschlüsse werden auf Grund von arbeiterfeindlichen Paragraphen als ungültig erklärt. Es war ja ausgegeben für Genossen, denen durch rückständigen Beiträge die Mitgliedschaft verlorengehen droht um ihnen in der Notlage beizustehen. Was sagen die verurteilten Bonzen danach.

Klassengenossen urteilt selbst darüber, gebt diesen Schuften den verdienten Fußtritt, reiht euch ein in die rote Klassenfront, kämpft nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen ihre Soldknechte, die Verräter in den eigenen Reihen.

Kirche und soziale Not

Dieses Thema behandelt Genosse Lehrer Schulz, Pirna, am Mittwoch, dem 6. April, in einer öffentlichen Versammlung in den Blumensälen. Werktätige, erscheint in Massen!

Lebensmittelkrawalle in Rußland?

Darüber sprechen am Dienstag, dem 5. April 1932, 20 Uhr, im Keglerheim, die Rußlanddelegierten

Göhler (SJV) und *Völkel*

Unkostenbeitrag 15 und 30 Pfennig. Erscheint in Massen! Bund der Freunde der Sowjetunion.

Generalappell der Roten Hilfe in Pirna

und die kollektiv angeschlossenen Organisationen am Sonntag, dem 3. April, 19.30 Uhr, im Erbgericht Copitz. Alles hat zu erscheinen!

IV Die Naturfreunde, Ortsgruppe Zöckeritz. Sonntag, den 3. April, Nachmittagswanderung: Weinberger, Zeughaus. 14 Uhr Kinder-Kurt. Emil Zimmermann. Mittwoch, den 6. April, Monatsversammlung [illegible] VZ. Singekreis 19 Uhr VZ.

Pleite der „Winterhilfe" in Jonsdorf

Jonsdorf b. Zittau. In der vergangenen Woche fand hier die letzte Gemeindeverordnetensitzung statt. Der Vorsitzende teilte erst kurz das Stimmergebnis in unserem Orte mit und berichtete anschließend über den Verlauf der Winterhilfskampagne. Nach seinen Angaben sind noch ganze 14.40 Mark übriggeblieben. Gegen diese Bettelsuppenaktion nahmen die KPD-Vertreter Stellung. Eine längere Debatte entspann sich über die von der Gemeinde gelieferten Schuhe, die den Erwerbslosen mit 3.00 und 6.50 Mark verkauft werden. Gegen das schlechte Schuhwerk wurde schärfstens protestiert und der Gemeinderat beauftragt, die liefernde Firma rekreßpflichtig zu machen. Ein von der Amtshauptmannschaft eingegangenes Schreiben wurde einer eingehenden Kritik unterzogen, da die Mietsenkung von 8 Prozent für Neubauwohnungen nicht ausreichen, man also gegen den Willen der Amtshauptmannschaft diese Senkung beibehalten muß. In einem anderen Schreiben der ASW wurde die geringe Strompreissenkung von zwei Pfennig mitgeteilt, was in der werktätigen Bevölkerung große Empörung hervorgerufen hat. Ein Zeichen, daß mit friedlichen Protesten nichts auszurichten ist. Das zu anderen Maßnahmen geschritten werden muß die auch der Genosse B. aufzeigte. Zum Punkt Wasserleitungsbau wurde beschlossen zwei Pläne durch den Gemeinderat anzufordern. Der Elternrat hatte eine Eingabe eingereicht, aus der hervor ging, daß während der Osterferien die notwendigsten Reparaturen in der Schule vorgenommen werden sollen. Wie Gemeindegeldet verschwendet werden, zeigte das Kapitel des Hamannschen Grundstückes das mit 15.000 Mark Defizit verkauft wurde. In der Entschädigung des stellvertretenden Bürgermeisters wurde Stellung genommen, die KPD lehnte ab.

Werktätige, überzeugt euch selbst, wer eure Interessen vertritt. Werbt Abonnenten der Arbeiterstimme, denn sie ist das einzige Organ der Arbeiterschaft!

Thälmann-Staffette der roten Sportler

Start in Pirna, Montag, den 4. April, 17.30 Uhr, auf dem Sportplatz. Eintreffen der Staffette 18.20 auf dem Poppitz (Kundgebung) von da ab nach dem Sportheim 1885. Eintreffen der Nebenstrecken Dippoldiswalde—Dresden und Meißen—Radebeul—Dresden, 18.30 Uhr:

Große Kundgebung in Uebigau (Sportheim)

Alle Werktätigen heraus zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.